

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Zeugpreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Ausleger 1.90 Pf. pro Woche, 7.50 Pf. pro Monat. Durch die Post 7.60 Pf. pro Monat. Sperrstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 23 885. - Fernsprech-Nachdruck: Ring Nr. 8937.

Freitag, 2. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 10-spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Pf., auswärts 0.50 Pf. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verzeugs- und Veranlagungsanzeigen 0.40 Pf. Retikame: Die Millimeterzeile, 3-spaltig oder deren Raum im Text 3.- Pf.

Gegen den Angriff des Weltkapitals auf Sowjet-Rußland. Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Systematisch vorantreibt die „Volkswacht“ die Aufrufe der Antlerdamer Gewerkschaftsinternationale für das hungerrnde Rußland den sozialdemokratischen Arbeitern. Wenn es hoch kommt, brüht sie eine, nichtssagende, Ausrede aus den Äußerungen. Es ist kein Wunder, daß die „Volkswacht“ bei ihrer ausgeprochen antibolschewistischen Einstellung die Proklamationen ihrer eigenen Internationale nicht bringt. Sie würde sich ja sonst selbst ins Gesicht schlagen. Leuten, die, wie letztere in einer Resolution anlässlich der Kampagne zur Befreiung der politischen Gefangenen, die Sowjets eine Institution grausamer Despotie nennen, ist gewiß das Gefühl wahrhaft internationaler Proletarierolidarität fremd. Um so mehr haben wir Ursache, vollinhaltlich einen Aufruf der Antlerdamer Gewerkschaftsinternationale gerade für die Arbeiter der SPD abzuordnen, um ihnen zu zeigen, was die „Volkswacht“ ihnen nicht wagt vorzusetzen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat folgenden Aufruf erlassen:

Die Vinderung der Hungersnot in Rußland ist eine entscheidende Frage für das gesamte internationale Proletariat. Der Hunger gefährdet die Errungenschaften der russischen Revolution. Er kann zu einem gefährlicheren Bundesgenossen der Gegenrevolution werden als die zaristischen Generale Koltshaf, Denikin, Judenitsh und Wrangel jemals gewesen sind.

Blockade, Bürgerkrieg und Hunger waren und sind die fürchtbaren Feinde des russischen Volkes. Blockade und Bürgerkrieg wurden von dem internationalen Kapital als Waffen benutzt, die russische Revolution tödlich zu treffen und Rußland zum Freiwill der europäischen und amerikanischen Kapitalisten zu machen. Es darf nicht geschehen, daß auch die Hungersnot zu solchen Zwecken mißbraucht wird.

Die Hilfe für das hungerrnde Rußland ist eine Forderung der Menschlichkeit und der wirtschaftlichen Klugheit. Rußland, sagte Lord Robert Cecil mit Recht, ist die alte Kornkammer Europas und der Welt. Wenn wir dieses gewaltige Land nicht wieder herstellen, so wird diese Kornkammer auf unabsehbare Zeit geschlossen werden.

Einmal hat die Welt in den letzten Jahren eine Katastrophe erlebt, die über neun Millionen Menschen das Leben kostete. Soll die Hungersnot in Rußland das große Sterben des Weltkrieges noch überbieten? Sollen Millionen von Kindern das Opfer politischer Vorurteile und kommerzieller Bedenken werden?

An diesem schrecklichen Mord kann und will das Proletariat nicht mitschuldig werden. Die Edelsten und Besten der gesitteten Welt, alle menschlich Denkenden erheben Einspruch gegen eine Gesinnung, die Schacher treibt, wo Menschenleben auf dem Spiel stehen.

Für das Vernichtungswerk des Krieges waren fünfzig Milliarden Pfund den beteiligten Regierungen nicht

zu viel. Für die Vinderung der Not in Rußland erscheinen ihnen 15 bis 20 Millionen Pfund als eine zu hohe Belastung.

Es genügt nicht, daß die Regierungen an die privaten Organisationen und das Rote Kreuz appellieren, ihre Sammlungen können die umfassende, tatkräftige Hilfe der Staaten nicht ersetzen.

Was bisher geschehen ist, ist noch lange nicht genug.

Wenn es nicht gelingen sollte, der russischen Hungersnot Herr zu werden, liegt es nicht daran, daß die vereinigten Bemühungen der Völker dem Elend nicht steuern könnten. Es sind Vorräte genug vorhanden.

Aber das internationale Kapital und die ihm verbündeten Regierungen sind nicht großmütig, menschlich und weitsichtig genug, die Ueberschüsse ihrer Ernten den Hungernden zugute kommen zu lassen und Saatgetreide und landwirtschaftliche Maschinen für das kommende Jahr zu liefern.

Der mutige Freund des russischen Volkes, Karsen, hat in der Völkerbundversammlung im September darauf hingewiesen, daß in Argentinien ein solcher Ueberschuß an Getreide ist, daß man die Lokomotiven damit heizt. Er wies darauf hin, daß in den Speichern der Vereinigten Staaten Getreide verfault, weil keine Käufer sich finden; ja allein die Ernteeüberschüsse Kanadas würden die dreifache Menge liefern können, die zur Rettung des russischen Volkes erforderlich ist.

Im Herrschaftsbereich des Kapitals fehlt jedoch der Wille, die gemeinsamen Interessen der Völker allen anderen voranzustellen.

Im Reich der Arbeit sind nationale Grenzen kein Hindernis kameradschaftlicher Hilfsbereitschaft. Die Arbeiter haben in Krieg und Frieden erlebt, was Hunger bedeutet. Es wird ihnen nicht schwer, von ihrem Wenigen für ihre darbedenden Kameraden zu opfern.

Kameraden! Kinder verhungern: das erschütternde Elend, das in diesen zwei Worten beschlossen liegt, wird nirgends so tatkräftige Teilnahme erwecken wie bei Euch. Es kann ihnen nicht von heute auf morgen geholfen werden; immer wieder bedarf das Hilfswerk Eurer Opferwilligkeit, Eurer Gaben, um zum vollen Erfolg zu führen. Den Kindern und Kranken vor allem will der Internationale Gewerkschaftsbund helfen.

Kameraden! Ihr seid die Vorkämpfer der Menschlichkeit. Millionen von Kindern sind in Rußland von Hunger und Krankheit bedroht! Helft dem russischen Volk!

dem Ziel Odesa verlassen hat. Das Schiff ist geladen mit 1060 Tonnen Reis und 20 000 Kilogramm verschiedenen anderen Waren.

Aus Sofia wird uns telegraphiert, daß ein eigenes Schiff am 2. Dezember in Batum eintreffen wird, beladen mit 30 Eisenbahnwaggons Getreide, gesandt von der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Aus Newyork wird uns gemeldet, daß 2 Schiffe Amerika verlassen haben, eins Philadelphia und eins San Franzisko, beladen mit Roggenmehl, Weizenmehl, kondensierter Milch, Speck, Schinken, Pflanzenfett, Kakao, Bohnen, getrockneten Früchten, getragenen Kleidern, Medikamenten, Ambulanzen und Schuhwerk, im Werte von über 30 Millionen Mark, gesammelt von den amerikanischen Arbeitern und ihrem Hilfskomitee, den „Freunden von Sowjetrußland“.

Wenn man bedenkt, daß diese Schiffe aufgebracht und beladen sind von Gaben und Spenden der Arbeiter, die selber mit dem Elend ringen, wiegen sie doppelt und dreifach mehr als die Schiffe der bürgerlichen Hilfsaktion. Es erweist sich, daß der Helbkampf der russischen Arbeiter und Bauern nicht umsonst gekämpft war, zeigt sich, daß der Aufruf der proletarischen Revolution in die Herzen der internationalen Arbeiterklasse gefallen ist, daß er auf guten Boden fiel und der Tag der Einlösung und Befreiung, der Erntetag nahe ist.

Die Internationale der Arbeiter ist keine Internationale der leeren Worte, sie ist eine Internationale brüderlicher Solidarität und Hilfsbereitschaft.

Der Kampf gegen den Hunger in Rußland geht weiter, die internationale Konferenz aller Hilfskomitees am 4. Dezember wird in diesen neuen Kämpfen rüsten und das so schwungvoll begonnene Werk stürmisch fortsetzen.

Es lebe die internationale Solidarität aller Vorkämpfer!

Die Tschechoslowakei an einem Wendepunkt.

Von A. Kreibich (Reichenberg).

Mehr als bisher ist es Pflicht der Kommunisten in Europa, ihre Aufmerksamkeit der Tschechoslowakei zuzuwenden. Nicht nur, weil dieser Staat infolge seiner geographischen Lage und seiner komplizierten wirtschaftlichen, nationalen und politischen Verhältnisse für die Entwicklung Mitteleuropas von großer Bedeutung ist, sondern weil er vor großen Entscheidungen in seiner inneren und äußeren Politik und vor schweren wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen steht.

Die Tatsache, daß der Tschechoslowakei bei der Bestimmung ihrer Grenzen 70 Prozent der gesamten Industrie des alten Oesterreichs zufielen, verleiht ihr zunächst eine äußerst starke Position. Sie konnte rasch aus dem Waren- und Kohlenhunger der ersten Zeit nach dem Weltkriege herauskommen und an demselben Hunger der anderen Nachfolgestaaten des alten Habsburgreiches partizipieren. Die erste Regierung der Republik, an deren Spitze Kremánský stand und deren Finanzminister sein Parteiverratsgenosse, der Leiter der größten tschechischen Bank, Rajin, war, befolgte eine Politik der strengen wirtschaftlichen Absonderung, der Währungstrennung von anderen Nachfolgestaaten und setzte sich auch nationalpolitisch auf hohe Höhe. Aber der Warenhunger von damals ist längst gestillt, und immer deutlicher meldet sich die Tatsache zum Wort, daß dieser Staat mit seiner Industrie auf den Export von Industrieartikeln angewiesen ist. Jetzt begann die höhere Valuta gegenüber den anderen Nachfolgestaaten ein Nachteil zu werden. Die Wichtigkeit Deutschlands für die Handelsbeziehungen stieg. Mit dem Westen war nicht viel anzufangen. Aber die Valuta der Nachfolgestaaten sank immer mehr, und Deutschlands Reparationskosten wurden drückender. Zuletzt kam der Sturz der Mark. Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei ist enorm gestiegen. Die Kohlenproduktion mußte eingeschränkt werden, die Koks-lager wuchsen ins Riesenhafte an. In Kladno sind die Hochöfen gelöscht, im Witkowitz-Eiswerk sind Tausende Arbeiter entlassen. Eine kurze bessere Konjunktur in der Textilindustrie kann an dem Gesamtbild nichts mehr ändern. Diese Lage wird sich noch verschlimmern, besonders wenn sich die Krise in Deutschland noch mehr verschärft. Einige tschechische Politiker haben zwar die Theorie der „glücklichen Insel“ konstruiert, als die sie die Tschechoslowakei bezeichnen, die rings von schlechter Valuta umgeben ist. Aber der weitere Sturz der Mark oder gar ein Bankrott Deutschlands müßte unweigerlich die Tschechoslowakei mit ins Verderben ziehen. Die Staatsfinanzen werden künstlich ohne größeres Defizit im Gleichgewicht gehalten, indem man alle notwendigen Neuanlagen in einem besonderen Investitionsbudget unterbringt; in diesem werden Kredite angefordert, die dann kaum zu beschaffen sind. Die Haupteinnahme bildet eine hohe Umsatz- und eine nicht minder ausgiebige Kostensteuer. Dabei wächst das Militärbudget, während das Unterrichtsbudget erdroffelt wird.

In der nationalen Frage machen eigentlich die Deutschen weniger Schwierigkeiten. Unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise und der drohenden schweren sozialen Kämpfe ist bei den Deutschbürgern eine Mäßigung des nationalen Radikalismus eingetreten; es ertönen aus ihrem Lager Stimmen, die zum Ausgleich mahnen. Die deutschbürgerliche Feindseligkeit gegen den tschechischen Staat hat nachgelassen, denn man sieht ein, daß auch dieser Staat notwendig gebraucht wird und auch verwendbar ist zur Verteidigung der Interessen des Geldsackes. Größer sind schon die nationalen Differenzen in der Slowakei. Dort ist der Irredentismus unter der magyarischen Bourgeoisie sehr stark. Er hat seine Stütze in einem Beamtenum, das die tschecho-slowakische Regierung von dem alten Ungarn übernommen hat, weil sie zunächst keine anderen Beamten hatte, die mit der ungarischen Gesetzgebung und Verwaltung vertraut waren, und das trotz seiner magyarischen Gesinnung behalten wird, weil es wie die alten kaiserlich-königlich-österreichischen Beamten am brauchbarsten und perläufigsten zur Wiederhaltung des revolutionären Proletariats ist. So ist z. B. der Posten des Ministers des Innern in Prag mit dem Dr. Cerry besetzt, der besonders während des Krieges eine der wichtigsten Kreaturen der Habsburger in der mährischen Städtallerei war; Polizeidirektor von Kaschau, der Hauptstadt der Tschechoslowakei, ist Dr. Klima; seinerzeit unter den Habsburgern der Chef der geheimen politischen Polizei in Prag. Beide sind natürlich durch und durch Monarchisten. Gegen eine ganze Reihe wichtiger magyarischer politischer Beamten in der Slowakei wurde von unseren Genossen schwer beläsendes Material veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß sie Agenten Horthy's sind; alles ohne Erfolg, weil

Vor dem Generaistreik der tschechischen Bergarbeiter.

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter beschloß heute mit Rücksicht auf den ablehnenden Standpunkt der Unternehmer, die Bergarbeiter des Mährisch-Osttrauer Reviers aufzufordern, für den Fall, daß die Unternehmer die angekündigte Lohnherabsetzung bei der nächsten Lohnzahlung durchführen würden, die Arbeit sofort niederzulegen. Für den Fall, daß die Unternehmer die Löhne unverändert zur Auszahlung bringen, verpflichten sich die Bergarbeiter, eine 20prozentige Produktionssteigerung bis zum 31. Januar durchzuführen. Für den Fall, daß es im Osttrauer Revier zum Streik kommen sollte, werden sämtliche Bergarbeiterverbände zur Durchführung des Streiks in sämtlichen Kohlenrevieren bevollmächtigt.

Sieg der Berliner städtischen Angestellten.

Das energische Auftreten der Berliner städtischen Angestellten brachte ihnen einen schnellen Sieg. Trotz dem der Demobilisierungskommissar durch allgemeinverbindliche Erklärung des abgelehnten Schiedspruches die Angestellten zur Wiederaufnahme der Arbeit zwingen wollte, konnten die Angestellten erneute Verhandlungen durchsetzen, die ihnen eine fast volle Erfüllung ihrer Forderungen brachte. Der Streik wurde sofort beigelegt.

Neue Lebensmittelschiffe der internationalen Arbeiterhilfe.

Die internationale Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland hat in diesen Tagen neue Beispiele und Beweise brüderlicher Solidarität gegeben. Aus Paris wird dem „Auslandskomitee“ gemeldet, daß am 23. November das Schiff „Fortenye“ den Hafen von Marseille mit

der Regierung die Bekämpfung des Kommunismus natür- lich wichtiger ist. Dieses System und das rücksichtslose Wüten der tschechischen Beamten und Militärs, besonders aber die Ausnahmebestimmungen für die Slowakei ver- ursachen eine tiefe Unzufriedenheit der Slowaken, die in dem Bestreben nach Autonomie zum Ausdruck kommt. Nur mit Mühe und großen Zugeständnissen, besonders auf dem Gebiet der Kirche und der Schule, ist es den tschechischen Regierungsparteien gelungen, die slowakischen Merkmalen zum Anschluß an die Regierungsmehrheit zu bewegen. Es vergeht auch keine Woche ohne irgend eine Krise in diesem Verhältnis.

In dieser Situation ist es nur selbstverständlich, daß die herrschenden Parteien in einer Wiedereinführung der Habsburger in Ungarn eine Lebensgefahr für ihren Staat erblicken. Die slowakischen Merkmalen Bauern und ihre Führer haben für Gorthy nicht viel übrig, aber sie sind im Herzen immer noch monarchistisch und haben die Habs- burger nicht vergessen. Ein habsburgisches Ungarn würde die Gefahr des Verlustes der Slowakei in die nächste Nähe rücken. Die Restauration der Habsburger wäre der Anfang vom Ende des tschechischen Staates. Daher die plötzliche Begeisterung für Republik und Demokratie bei den herr- schenden Parteien, denen in Wirklichkeit an der Demokratie gar nichts liegt und die an dem Monarchismus in Ru- mänien und Südslawien und an der Reaktion und dem Weißen Schrecken in diesen Staaten sowie in Polen nichts auszusetzen haben. Der Standpunkt der Kommunisten konnte daher kein anderer sein als: das Proletariat ist bereit und entschlossen, die Reaktion auszurufen, seine ungarischen Brüder zu befreien und die Habsburger hin- wegzufegen. Aber das kann nur durch die revolutionäre Aktion des bewaffneten Proletariats erfolgen, die sich dann natürlich auch gegen alle Reaktion, auch im Innern, richten wird. Das herrschende reaktionäre System aber wird nie einen Krieg gegen Monarchismus und Reaktion führen, sondern, wenn es zum Kriege kommt, reaktionäre und imperialistische Ziele verfolgen; daher gegen die Mo- bilisierung, gegen den Krieg.

Das Ende des Feldzuges der Kleinen Entente gegen Ungarn war kläglich. Zwar wurden die Habsburger ent- fernt, aber in der Hauptsache, in der Entwaffnung Herzog- Ungarns, hat sich gegen früher nichts geändert. Die Entente, die in Mitteleuropa offenkundig reaktionäre Ziele verfolgt, triumphiert. Und unmittelbar nach diesem Aus- gang der ungarischen Kampagne folgte der Abschluß des Vertrages mit Polen, der die Neutralisation des Herrn Bencich vor dem französischen Befehl bedeutet. Nun hat die Tschechoslowakei bereits gegenüber beiden Staaten — Rumänien und Polen — die als Keiterbunde der Entente gegen Sowjetrußland herangezogen werden, die Ver- pflichtung zur Durchfuhr von Kriegsmaterial und Truppen für den Krieg gegen Rußland übernommen. Von dem Bestreben des Herrn Bencich nach einer selbständigen Politik der Rücksichtnahme auf die Stimmung der Massen bleibt fast nichts mehr übrig.

Erst wenige Wochen sind vergangen, seit die Beamten- regierung durch die Koalition der tschechischen bürger- lichen und sozialistischen Parteien ersetzt wurde, und schon hat sich die Lage für das Proletariat verschlechtert. Zensur und Freiheitsbeschränkung sind verschärft; die Opfer der Majestätskult nach dem Dezemberkampf bleiben in den Kerker; die Trennung der Kirche vom Staat ist abgelehnt; das Tempo der sozialen Gesetzgebung ist unter lauter Zu- stimmung der Unternehmer verlangsam; die Verbrauchs- steuern sind höher, die Zinssteuern im Verhältnis zu ihnen niedriger denn je. Die Wohnungsreform ist ein- geschränkt, das Schulbudget gedrosselt, die Ausgaben für das Militär sind um zwei Milliarden gestiegen. Das Unternehmertum geht, von der Regierung unterstützt — sozialdemokratische Minister sprachen sich gegen Lohner- höhungen aus! — in der freiesten Weise gegen die Ar- beiterchaft vor. Die Österr. Bergarbeiter, die vor der Frage: Kampf oder Unterwerfung stehen, wurden von der Regierung mit Zwangsmaßnahmen bedroht. Der nächste Schritt auf der Bahn dieser Politik wird die Ausnahme- gesetzgebung gegen die Kommunisten sein, mit der die Tschechoslowakei in der Kleinen Entente und gegenüber Polen im Rückstande ist, was dem Herrn Bencich sicher schon Ermahnungen Frankreichs eingetragen hat. Er ver- suchte es einstweilen noch mit der Politik der Nadelstiche.

So steht die Tschechoslowakei vor einem Wendepunkte ihrer Politik und die junge vereinigte kommunistische Partei vor schweren Kämpfen.

Politische Uebersicht.

Der Spitzkampf.

In dem Prozeß der Berliner Mörderhundertjährig- wegen der Ermordung des Reichsmarschalls Buchholz kam jetzt zur Sprache, daß diese konterrevolutionäre Privatarmee- garde ein Heer von Agenten untersteht, die den besonderen Auftrag hatten, sich in die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien einzuschleichen. Diese Spitzeltruppen und Ver- spioneleiten gehörten unter sozialdemokratischen Ministern und Polizeipräsidenten und wurden in so weitgehendem Maße organisiert, daß die Zensur gar nicht alle Namen dieser sogenannten politischen Agenten abgeben konnten. Der Führer der Hundertjährig selbst erklärte, daß diese Agenten allmählich ihre Gelder in Empfang nahmen, mit falschen Passen ausstritten und mit falschen Papieren verpackt wurden. Die einflussreichen Beamten der Hundert- jährig wurden beauftragt, in Zivil Arbeitervereinigungen zu betreten. Auch wurden sie der Deutschnationalen Partei zur Verfügung gestellt, um sich mit Spitzeltruppen und Gammelnäpfele angeschlossen in deutschnationalen Versam- lungen auf einem Stand sich auf eine ungewisse Arbeiter- zu fügen. Hauptmann Stennes mußte zugestehen, daß er als Führer der Hundertjährig gesagt habe: „Beamt, die nicht zugehen können, wie Leute geschlagen werden, sind wech-“

lich. Wer diesen reaktionären Provokationsheben nicht widerspruchlos zu Willen war, wurde „erschlagen“ und es wurde auch bereits einem Zeugen brieflich im Prozeß angedroht, er müsse es mit dem Tode büßen, weil er einen Selbstmord des Wachmeisters Buchholz bestritt. Unter- schrieben war diese Drohung von einem „politischen Agenten“, und begründet mit dem Vorwurf des Vater- landsverrats. Vaterlandsverräter ist für diese weißen Bestien, die vor keiner Einschüchterung der ihnen miß- liebigen Elemente zurückschrecken, jedermann, der nicht ihren gegenrevolutionären Schandtat und Verbrechen Vorschub leistet. Aus Angst vor Mißhandlungen wurden denn auch bereits früher in der Hundertjährig unrichtige Angaben gemacht (bei Waffenschreibungen usw.), mit dem Gummiknüppel ständig gearbeitet und ganz offenkundige Meineide geleistet. In dem Prozeß wurde ferner er- wähnt, daß die Mitglieder der Hundertjährig z. B. dazu verwendet wurden, deutschnationalen Flugblätter und anti- semitische Propaganda anzukleben. Es spricht dabei nicht für die Mörderhundertjährig, sondern gegen die heuchlerische und verräterische, bis ins Mark entartete Sozialdemokratie, daß der Führer Hauptmann Stennes erklärte, er habe in seiner gegenrevolutionären Truppe der weißen Hundert- jährig sehr viele Mitglieder der S. P. D., und dies seien mit die besten Beamten, auf die er sich unbedingt ver- lassen könne.

Die Führer der S. P. D. sind also auf den St. Inne- s- und den wirtschaftlichen Arbeitermord, ein Teil der Verführten der SPD, also bereits auf den Stennes und den militärischen Arbeitermord gekommen!

Die tschechoslowakische Bergarbeiterbewegung und die Kommunisten.

Aus Prag wird gemeldet: Anlässlich des Teilstreiks, der im Grubengebiet von Mährisch-Straun ausgebrochen ist, erläßt die kommunistische Partei einen Aufruf an die Bergarbeiter, der sie vor vorsichtigen Teilaktionen warnt. Der Aufruf hebt hervor: „Die Gegner der Bergarbeiter stehen in einer geschlossenen Front, und der Gegensatz der Arbeiter muß ebenso einheitlich erfolgen. Der Kampf kann nur von den Gewerkschaften geführt werden, und er wird siegreich enden, wenn ihn die anderen Gewerkschaften unterstützen. Zwar entsprechen die Leitungen der Ge- werkschaftsorganisationen unseren Plänen und Ansichten nicht völlig, allein diese Frage muß im jetzigen Augen- blick beiseite gelassen werden. Die kommunistischen Ge- werkschaften müssen darauf dringen, daß der Wille der Mehr- heit unserer Bergarbeiterchaft zum Ausdruck kommt und die Führung zu einem energiegelassen Klassenbewußten Vor- gehen genötigt wird.“ Der Aufruf schließt mit den Worten: „Keine Einzelaktionen; vereinigt alle Kräfte zum Ausbau einer einheitlichen proletarischen Front. Bereitet eine einzige große Streikaktion vor.“

Die Komödie von Wilna.

In Wilna, dem Schmerzensland des Völkerbunds, soll nunmehr die sogenannte freie Abstimmung stattfinden, ob die Bewohner zu Polen oder zu Litauen kommen wollen. Der polnische Mäurerhauptmann Jeligowski, der bisher Wilna regierte, will nun — um die Freiheit der Abstim- mung nicht zu gefährden — zurücktreten. Als sein Nach- folger ist ein Herr Alexander Mysztowicz ausersehen. Selbstverständlich bleibt trotz dieses Aufsichtswechsels die polnische Gewalt Herrschaft in Wilna dieselbe als zuvor.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Stimmes gegen höhere Löhne — für größere Leistungen — für Aufhebung des Achtstundentages.

Der Sprecher von Hugo Stimmes im Reichstage, der Vorsitzende des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, Dr. Ing. Bögl, sagte am 28. November in einer Versamm- lung der Stahlbarone über das geringe Ergebnis der Stahl- und Eisenindustrie. Nach seiner Berechnung sei die Leistung an Rohstahl auf den Kopf der Belegschaft um 50% niedriger als in der Vorkriegszeit. Nach seiner Meinung, die also die Meinung von Stimmes ist, könne Deutschlands Wirtschaft aus dem Elend nur herauskommen, wenn a n Stelle der immer größeren Lohnforderun- gen die Leistungen erhöht werden. Die Er- höhung der Löhne und die damit zusammenhängende Ver- teuerung der Fabrikprodukte schlage sich auf den Preis der landwirtschaftlichen Artikel und belaste den Arbeiter von neuem.

Einem schweren Fehler ist die Industrie bilde der Klassenkampfgebanke der Arbeiterorganisationen. Die Or- ganisation der Arbeiter gegen das Bürgertum, gegen die Unternehmer sei vom größten Schaden gegen die Wirt- schaft. Ein starkes Unternehmertum sei ge- rade jetzt äußerst nötig. Die Arbeiterchaft sei nicht fähig, aus ihren Reihen die zur Führung von Staat und Wirtschaft fähigen Kräfte zu stellen. Insbesondere habe sich das Betriebsrätegesetz herausgestellt als ein Spießball der politischen Parteien. Die gerade jetzt in der Eisenindustrie ausgebrochenen „wilden Streiks“ würden eine schwere Gefahr für das Wirtschaftleben.

Somit der Generaldirektor von Stimmes. Diese Leute haben gegenüber den planlosen Ausschweifungen der Leute von UDS und von der SPD den Mut, sich und anderwärts zu sagen, was nach ihrer Ansicht nützt, die kapitalistische Gesellschaft zu sanieren. Sie sind auch bereit, mit allen Mitteln ihre Kräfte einzusetzen durchzu- führen.

Die Leistung an Rohstahl sei zurückgegangen um 50%, am Mehrertrag kann helfen. Der Rückgang der Pro- duktion ergibt sich ohne weiteres aus der Einführung des Achtstundentages, insbesondere aber aus dem Raub- bahn, der während des Krieges nicht nur an der Pro- duktionswirtschaft, sondern ganz allgemein an der mensch- lichen Arbeitskraft getrieben wurde. Nicht zuletzt trägt

an der Unterproduktion bei der Verlust der Eisenerzlager in Lothringen und in Luxemburg. Die Schuld trifft also die Kriegspolitik.

Die Stimmesleute sind klarer und entschiedener, und die Aussprache von Müller-Franken auf dem Oberöster- reich, daß „Stimmes gar kein so schlechter Unternehmer sei, trifft in seinem Verhalten gegen die Arbeiter nicht zu.

Diese Leute, die von der SPD als „wildunfähig“ er- achtet werden, verlangen rücksichtslos nicht nur die Auf- hebung des Achtstundentages, sondern auch die Beseitigung des Betriebsräte-Gesetzes und auch die Schlichtungsordnung, die alle „wilden Streiks“ unmöglich macht.

Wenn aber Bögl verlangt, daß gegen die Tendenz der Arbeiter im Massenkampf gegen das Bürgertum zu gehen, dann kommt nicht die SPD in Frage, die schon lange den wirklichen Kampf gegen das Bürgertum beiseite geschoben hat.

Diese Bewegung richtet sich gegen die Kommunisten, die rücksichtslos den Arbeitern sagen, was nützt. Der Wunsch der Stimmesleute geht dahin, ein Buchstausgesetz zu erlassen, auf Grund dessen ähnlich wie in Polen und Jugoslawien legal jede revolutionäre Tätigkeit unter- bunden wird.

Die Arbeiter der SPD, insbesondere müssen erkennen die große Gefahr, die auch ihnen erwächst, wenn ihre Führer mit Stimmes zusammengehen. Damit leisten sie den Plänen Stimmes, die von Bögl interpretiert sind, Vor- schub, und verkommen mit in dem Untergang der kapita- listischen Gesellschaft.

Deutscher Außenhandel.

Nach dem „Reichsanzeiger“ beträgt der Einfuhrüber- schuß auf den deutschen Außenhandel im Monat Sep- tember nicht weniger als 3,14 Milliarden Mark. Es wurden eingeführt 25,3 Millionen Doppelzentner gegen 21,1 Millionen im Vormonat im Werte von 10,6 Milli- arden Mark (August 9,4 Milliarden Mark). Die Ausfuhr belief sich auf 18,7 Millionen Doppelzentner (18,2 Mil- lionen im August) im Werte von 7,5 Milliarden (6,6 Bil- liarden). Der Einfuhrüberschuß ist also von 2,7 Milliarden im August auf über 3 Milliarden im September gestiegen. Um diese gewaltige Milliardensumme hat sich die Ver- schuldung der deutschen Wirtschaft an die ausländischen Kapitalisten erhöht, weil die Mark-Katastrophe für die deutschen Unternehmer zum Anlaß wurde, möglichst schnell und möglichst viel Waren einzuführen, ehe eine weitere Entwertung der Mark diese Ware noch teurer machte.

Die deutschen Arbeiter müssen nun schuften, um diese Schuld mit Zins und Zinseszinsen abzutragen, weil die Koalitionsregierung der Ebert-Republik dem Wirtschaftszersall hilflos gegenübersteht.

Schlesien.

„Volkswacht“-Schwindel.

Unsere Mitteilung, daß sich ein großer Teil der politischen Gefangenen im Zuchthaus Jauer in Hungerstreik befände, be- zeichnete die Volkswacht als „kommunistischen Schwindel“. Sie brachte eine Notiz die darin gipfelte, daß in Jauer gar kein Hungerstreik sei. Wenn auch Stal und Tendenz des Artikels dem Niveau der Volkswacht entspricht, so wird die Volkswacht jetzt doch als Lügnerin festgestellt. Die bürgerlichen Zeitungen melden, daß, nachdem der Generalstaatsanwalt aus Breslau in dieser Sache eingegriffen habe, die 250 politischen Gefangenen, die sich im Hungerstreik befanden und bereits einige erkrankt waren und im Lazarett Aufnahme fanden, wieder Nahrung aufgenommen hätten.

Der Volkswacht kommt es nicht darauf an, in ihrem wütenden Kampfe gegen die Kommunisten, die besten Kämpfer der Arbeiter- schaft, die Solidarität, mit Füssen zu treten, die Hauptsache ist, den verhassten Kommunisten ein auszuweichen, wenn es auch auf Kosten der Wahrheit geht. Arbeiter, giebt Euch das nicht zu denken? Nur so weiter, Lante Volkswacht, das Gefesse kann und nur nügen!

Bezirksparteitag der Deutschnationalen

Wittelschlesiens.

Die Junker und Großgrundbesitzer, die Leute vom Landbund, die allein Gut und Blut für die Erhaltung und die Ehre des „Vaterlandes“ einsetzen, haben am Sonntag ihre Parade in Breslau abgehalten. Alle die Kriegsb- verbrecher, die alldeutschen Annerkennungspolitiker, die Deutsch- land in das Elend gebracht haben, die im November 1918 erschrocken sich verkröchten, treten wieder mit derselben Frechheit und Arroganz auf, wie man es von ihnen ge- wohnt ist aus der „herrlichen wilhelminischen Zeit“.

Die Deutschnationalen haben es verstanden, durch ihren Kampf gegen die Koalition von Wirth bis Scheide- mann, die ganze Schuld an dem Zusammenbruch der Wirt- schaft, an den Reparationslasten und an der Geldnot des Reiches nicht in erster Linie dem Zentrum, sondern vor allem den Demokraten und Sozialdemokraten zuzuschreiben. Daß die Kommunisten mit ihrer „destruktiven, zerstören- den“ Politik von ihnen ganz besonders gehaßt werden, versteht sich von selbst.

Die Erfassung der „Goldwette“, also eine teilweise Enteignung aller realen Werte durch das Reich, hat den Widerspruch der Deutschnationalen ganz besonders hervor- gerufen. Obwohl bei der „Arbeiterkongress“ des deut- schnationalen Bezirksrates der Landtagsabgeordnete Kaffer für die Gleichberechtigung der Arbeiter- schaft, für die Erhaltung des Achtstundent- ages, ja selbst für eine teilweise Soziali- sierung eintrat, hat diese „Zwangsentwöhnung“ die Junker auf die Beine gebracht. Bei einer eventuellen Neu- wahl des Reichstages wollen sie mit aller Kraft verhin- dern, daß das Steuerproblem und die finanzielle Ver- lastung der breiten Masse in den Vordergrund gerückt wird. Sie wollen kämpfen gegen das „demokratische System“, das zur Folge gehabt habe die Abtrennung wirt- licher Provinzen und die Unterwerfung unter die Entente. Nach die Erklärung des Herrn v. Gögler, nicht gewaltsam gegen die herrschende Regierung vorzugehen, sondern auf

verfassungsmäßigem Wege die Monarchie wieder zu errichten, ist angesichts der Schandtat der Ordege, der Arbeitsgemeinschaften insbesondere in Schlesien, eine Verhöhnung der Arbeiterklasse.

Die 800 000 Arbeiter, die nach der Angabe der Junker in der deutschnationalen Sache ihr Alibi-Mittel gesehen haben, werden in den nächsten Monaten besonders erkennen die skrupellose Gewalt- und Wucherpolitik der Deutschnationalen, die erst zutrieden sind entweder, wenn alle ihre Ansprüche befriedigt sind, wenn die Junker wieder am Ruder sind oder — wenn die Arbeiterklasse die Gesellschaft zum Teufel jagt so, daß sie ein Wiederkommen nicht riskiert.

Wärokratenwirtschaft.

Von hier können wir einiges über den „Demokratismas“ in der deutschen Republik berichten. In unserer Ortsgruppe haben wir einen Genossen, der in Rußland von deutschen Eltern geboren wurde. Dieser Genosse war während des Krieges in Rußland interniert und kam 1918 nach Deutschland. Hier wurde er als Deutschangehöriger sofort zum Militär eingezogen. Nach der Entlassung vom Militär kam er nach Hothendorf, wo er in einer Grube arbeitet. Durch unsere Agitation ist es uns gelungen, den Genossen für unsere Partei zu gewinnen. Während des Streikes im Frühjahr 1921 hat nun der Genosse die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gezogen. Polizeiwachmeister Heinrich, der, nebenbei bemerkt, Mitglied der SPD ist, hat sich seiner angenommen und ihn nach Weiden seiner deutschen Staatsangehörigkeit gefragt. Der Militärpaß genügte dem gewissenhaften Herrn natürlich nicht. Da unser Genosse aus der Zivilgefangenschaft einfach ausgerückt war, hatte er natürlich keine Zeit, sich in Rußland mit allen nötigen Papieren auszurüsten. Nun mußten das Landratsamt und auch das Auswärtige Amt ihr Gutachten abgeben. Jetzt ist unser Genosse eröffnet worden, daß er bis auf weiteres sich als „Staatenlos“ zu betrachten hat. So ist es: solange man Lust hat, die französischen und englischen Brüder zu morden, ist man Deutschangehöriger, so bald man aber die Weltverbrüderung aller Proletarier propagiert, verliert man die deutsche Angehörigkeit.

Eisenbahnunglück.

Bei Deutsch-Lissa entgleiten in der Nacht zu Mittwoch 12,59 früh infolge Schienenbruches beim Bahnhof Deutsch-Lissa sieben Wagen und die Lokomotive des D-Zuges 12. Die nachfolgenden Züge hatten alle erhebliche Verspätung, da das Gleis Liegnitz-Breslau etwa zehn Stunden gesperrt war. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Revolutionäre Bewegung.

Ein Opfer den spanischen Genkern entrißen.

Aus Paris wird gemeldet: Die französische Polizei hatte den spanischen Arbeiter Ortiz verhaftet, der als angeblicher Teilnehmer an der Ermordung Dato's an Spanien ausgeliefert werden sollte. Die Protestation des französischen Proletariats hat nun aber Erfolg gehabt. Die französische Regierung wagte es nicht, den Genossen Ortiz den spanischen Genkern auszuliefern, sondern sie hat ihn nach Belgien ausgewiesen.

Die deutsche Arbeiterklasse muß das Beispiel der französischen Proletarier befolgen und ebenfalls die in Deutschland verhafteten spanischen Revolutionäre Fort, Rin und Arlandis vor der spanischen Genkerrichter retten.

Steuerstreik der französischen Arbeiter.

Aus Paris wird gemeldet: Die skandalöse Besteuerung des französischen Arbeiterlohns durch die Kapitalistenregierung hat zwar die Billigung der Gewerkschaftsbürokratie, aber die stärkste Entrüstung der Arbeiter hervorgerufen. Jetzt hat die Arbeiterklasse des Bezirks Vosges (Vogesen) beschlossen, die Lohnsteuer nicht zu bezahlen, sondern sämtliche diesbezügliche Steuerzettel dem Herrn Finanzminister Doumer persönlich zuzuschicken. „Humanität“ fordert die französischen Arbeiter auf, dieses Beispiel überall zu befolgen.

Der schwere Kampf des Tiefster Proletariats.

Aus Turin wird uns gemeldet: Der Generalstreik im Gebiet von Triest führt zu immer stärkeren Brutalitäten der Polizei und der Weisgardisten. Von Anfang an haben die Behörden alle Versammlungen der Streikenden verboten. In den letzten Tagen sind in Triest und Umgegend 400 Arbeiter im Zusammenhang mit dem Streik verhaftet worden. Dazu kommt noch eine unerhörte Schandtat der Faschisten. Weil der Seperstreik in Triest auch das Ergehen des Faschistenblattes veränderte, haben die Weisgardisten zwei Angestellte des Buchdruckerverbandes, Müller und Giraldi, überfallen. Müller wurde getötet und Giraldi schwer verletzt. Als Protest dagegen ist ein acht- undvierzigstündiger Streik der Seper in ganz Italien proklamiert worden.

Der Streik der italienischen Textilarbeiter ist zu Ende, weil sie von der Gewerkschaftsbürokratie isoliert gelassen wurde. Ihre vielwöchige Ausdauer war umsonst und sie müssen jetzt einen erheblichen Lohnabbau hinnehmen. Inzwischen steht aber ein Generalstreik der italienischen Holzarbeiter bevor. Alle Kräfte der italienischen Gewerkschaftsbürokratie vermögen also den Frieden zwischen Kapital und Arbeit nicht wiederherzustellen.

Kommunistische Internationale.

Die Sozialistische Partei von Finnland schließt sich der Kommunistischen Internationale an.

Auf dem Kongress der Sozialistischen Partei in Jyväskylä am Ende November stattfand, nachdem er wegen des Faschistenterrors wiederholt verschoben werden mußte, wurde die Resolution angenommen, die den Anschluß der Partei an die III. Internationale beschloß. Infolgedessen wird

die Partei in der Zukunft „Kommunistische Partei von Finnland“, Sektion der Kommunistischen Internationale, heißen. Gleichzeitig wurde der Anschluß der Finnischen Arbeiterkammer an die Moskauer rote Gewerkschaftsinternationale beschlossen.

Die Stärke der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Aus Paris wird gemeldet: Nach der letzten Zusammenstellung hat die Kommunistische Partei Frankreichs 131 000 Mitglieder. Vor einem Jahre hatte die sozialistische Einheitspartei des Landes 178 000 Mitglieder. Die erdrückende Mehrheit der politisch organisierten Arbeiter Frankreichs ist also der kommunistischen Fahne gefolgt und ist ihr treu geblieben.

Kommunistische Fortschritte bei den französischen Postbeamten.

Aus Paris wird gemeldet, daß dort kürzlich eine Tagung des Verbandes der Post- und Telegraphenangestellten stattfand. Der linke Flügel brachte einen Mißtrauensantrag gegen den rechtssozialistischen Verbandsvorsitzenden Combes ein. Für den Mißtrauensantrag wurden 38 Stimmen abgegeben, dagegen 39; drei Delegierte enthielten sich der Abstimmung. Auf diesen kläglichen Erfolg können die französischen Rechtssozialisten nicht stolz sein. Die Revolutionierung der französischen Post- und Telegraphenangestellten schreitet kräftig vorwärts.

Aus Sowjet-Rußland.

Ein weißer General an die Wrangel-Soldaten.

Der russische General Slajtschew-Krymski, der eine führende Rolle in der Armee Wrangels, die auf der Krim und in der Ukraine gegen die rote Armee gekämpft hat, ist nach Rußland zurückgekehrt. Er und ein Teil seiner Offiziere haben das Unjüngliche ihrer Handlungsweise eingesehen und fordern jetzt in einem Aufruf die ehemaligen Wrangel-Soldaten, die als Werkzeug der südslawischen und polnischen Reaktion zu einem Einbruch in die Ukraine mißbraucht werden, auf, von diesem Beginnen Abstand zu nehmen.

Der General weist darauf hin, daß jeder Ansturm Dsjer auf beiden Seiten kostet, daß aber die Sowjetmacht stark genug sei, jeden Einfall der weißen Garde abzuschlagen. Die Rußländer tragen aber nicht dazu bei, das zerrüttete Rußland gesunden zu lassen. Letzten Endes kämpfen auch die weißen Horden nicht für ein besseres Rußland, sondern sie sind die Schildträger der französischen und der Imperialisten der kleinen Entente.

Nur durch den Zusammenschluß aller Kräfte unter der Macht der Sowjets könne Rußland hoch kommen, und die Eroberungsgefühle fremder Kapitalisten zunichte machen.

Aus diesem Grunde fordert der ehemalige weiße General alle Soldaten auf, unverzüglich nach Sowjet-Rußland zurückzukehren.

Die Tätigkeit des Volkskommissariats für Volksaufklärung während seines 4jäh. Bestandes.

Moskau, 16. November. (Rosta Wien.) Lunarscharski, der Volkskommissar für Volksaufklärung, machte in einem Interview mit einem Mitarbeiter der „Rosta“ folgende Mitteilungen über die Tätigkeit des Volkskommissariats für Volksaufklärung während seines vierjährigen Bestehens:

„Das Volkskommissariat hat den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf das Schulwesen gelegt. Vor allen Dingen mußte das Schulnetz möglichst erweitert werden. Neue Schulen wurden geschaffen. Das neugegründete Schulsystem gab die Möglichkeit, 4 Millionen Kinder zu unterrichten. Auch die Anzahl der Kinderheime und Kinderkolonien vermehrte sich schnell. Der Mangel an Lebensmitteln und an Geldmitteln war aber eine Veranlassung dazu, die Arbeit nach dieser Richtung hin einzuschränken. Besonders traurig sind die Verhältnisse in den Hungergebieten. Hier müssen die Lebensmittelzubereitungen für die Kinder beständig vermindert werden, da sonst selbst die schon eröffneten Kinderheime nicht mit genügend Lebensmitteln versorgt werden können.“

Was die revolutionäre Arbeit auf dem Schulgebiete anlangt, wurde hier eine große theoretische Arbeit geleistet, wovon ein ganzes Netz von musterhaft geleiteten einheitlichen Arbeitsschulen zeugt. In der Heranbildung des Lehrpersonals haben wir teilweise Reformen durchgeführt. Trotz der großen Anzahl pädagogischer Institute ist aber der Lehrermangel außerordentlich groß. Auf dem Gebiete des Hochschulwesens haben wir uns nicht nur darauf beschränkt, die vorhandenen Hochschulen zu erhalten, sondern haben damit begonnen, zahlreiche neue Universitäten und technische Hochschulen zu errichten. Einige dieser neuen Hochschulen erwiesen sich als lebensfähig, wie z. B. die Hochschulen von Smolensk und Uralsk; andere Hochschulen wurden in diesem Jahre vorläufig, manche auch für immer, aufgelassen, da es an Lehrpersonal und Lehrbehalten mangelte. Bei allen Hochschulen bestehen Arbeiterfakultäten, an denen im ganzen über 30 000 Studenten proletarischer oder bäuerlicher Abstammung ihren Studien obliegen.

Auf dem Gebiete der politischen Aufklärung haben wir auch viel gearbeitet. Hier wurde ein mächtiger Apparat geschaffen, der in verhältnismäßig kurzer Zeit für den Unterricht von fast 5 Millionen Analphabeten sorgte. Hervorzuheben wäre noch, daß wir über ein weit verzweigtes Netz von Lesezimmern und Bibliotheken verfügen. Außerdem wurde eine Reihe von Parteischulen errichtet. Auf dem Gebiete der Wissenschaft gelang es uns, nicht nur alle größeren wissenschaftlichen Institutionen zu erhalten und ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihre wissen-

schaftliche Arbeit fortzusetzen: wir haben auch mehrere neue wissenschaftliche Institute ins Leben gerufen, von denen das wichtigste das Institut für Röntgen- und Radioforschung ist, das trotz der schwierigen Verhältnisse, unter denen wir leben, durch seine Arbeit europäische Aufmerksamkeit erlangt hat. Alle Museen sind unverfehrt, trotzdem in revolutionären Zeiten eine Beschädigung der Sammlungen leicht möglich ist. Wir haben unsere Sammlungen noch vergrößert und ihre Verwaltung verbessert. Auf dem Gebiete des Kunstlebens ist es uns gelungen, alle unsere großen Schauspielhäuser auf einer derartigen Höhe zu erhalten, daß alle uns besuchenden Ausländer davon Aber-rascht sind. Auf dem Gebiete der Kunst fangen wir an, neue Wege zu gehen und neue Methoden anzuwenden, die die alten Grundlagen erschüttern.“

Gewerkschaftsbewegung.

Der Bauarbeiter-Verband führt schwarze Listen gegen Kommunisten.

Als im Juli d. J. die Bauarbeiter Breslaus und der Provinz in einer Lohnbewegung standen, haben die Gewerkschaftsbürokraten so recht ihre Unfähigkeit eine Bewegung zusammenzufassen und zum Siege zu führen, gezeigt. Der tatkräftigen Arbeit unserer Genossen im Bauarbeiterverband war es zu verdanken, daß der Kampf nicht ganz ergebnislos verlaufen ist.

Ein Teil der Gewerkschaftsbürokraten, insbesondere beim Bauarbeiterverband, können aber eine Kritik, vor allem von Kommunisten nicht vertragen. Die Gewerkschaftsbeamten verfolgten nach dem Kampfe, insbesondere den Kollegen Guttsche, der während des Streiks nichts weiter tat, als seine Pflicht. Er hat in den Versammlungen für die planmäßige Durchführung des Streiks über die Provinz gewirkt. Deshalb, und weil er Kommunist ist, wurde er durch Beschluß der Páplows und Konjorten ausgeschlossen. Die Berufung des Kollegen G. wurde verworfen. Der „Erfolg“ dieses Ausschusses ist, daß Koll. G. in ganz Breslau keine Arbeit bekommt und schon monatelang auf der Straße liegt.

Am letzten Sonntagabend ging Koll. G. in die Sektionsversammlung der Stukkateure, um dort seine Wiederaufnahme durchzusetzen. Da der Sektionsleiter Habel gegen seine Teilnahme an der Versammlung war, verlangten die Kollegen eine Abstimmung. Mit dreiviertel Mehrheit wurde beschlossen, daß Koll. G. an den Versammlungen teilnehmen darf. Die Kollegen erklärten sich ferner bereit, bis zur Wiederaufnahme in den Verband jederzeit mit G. zusammenzuarbeiten. Die Abstimmung war dem Sektionsleiter zuwider und er verließ die Versammlung.

Der Vorsitzende des hiesigen Bauarbeiterverbandes, Meise, und der Sektionsleiter Habel erklärten, lieber die ganze Sektion auszuschließen, als daß sie dulden, daß Kollege Guttsche an den Versammlungen teilnimmt.

Der Beschluß der Sektionsversammlung mit Koll. G. jederzeit zusammenzuarbeiten, ist deshalb illusorisch, weil die Verbandsleitung in demagogischer Weise die Unter-nnehmer eustachelt, ihn nicht einzustellen.

Von den Bürokraten des Bauarbeiterverbandes, die alle irgendwie tätigen Kommunisten herauswerfen, ist man ja allenthalben gewöhnt. Daß sie aber politisch mißliebige Kollegen herauswirft und ihnen die Möglichkeit nimmt weiterzuarbeiten, ist eine Gemeinheit, die jeden rechtlich denkenden Gewerkschaftler vor die Frage stellt, ob diese Bürokraten, die schlimmer sind als reaktionäre Scharfmacher mit ihren schwarzen Listen, noch als Arbeitervertreter gelten können.

Eine Lohnbewegung der Textilarbeiter ohne Erfolg.

Die Textilarbeiter des Bezirkes Sagan, Grünberg und Neusalz haben schon seit zwei Monaten wiederholt Lohnforderungen gestellt, um einen Ausgleich für die große Teuerung zu finden. Die Textilbarone, die Riesengewinne einziehen, vor allem auf Kosten der Verschiebungen der Produkte nach dem Auslande, waren aber nicht bereit, eine Lohnerhöhung zu gewähren. Sie ließen einfach die Vertreter der Arbeitgeber sitzen. Nach langem Hin und Her wurde endlich ein paritätischer, aus vier Unternehmern und vier Arbeitervertreter zusammengesetzter Ausschuß gebildet, der unter dem Vorsitz eines Herrn v. Strebelsschup aus Sprottau einen Schiedsspruch fällte. Es wurde der Lohnkommission auf den Weg gegeben, unter keinen Umständen wieder eine sogenannte Teuerungszulage entgegenzunehmen. Sie sollten fordern für Männer 7 M., für Frauen 6,50 M. pro Stunde. Vor allem sollten die Vertreter jeden langfristigen Tarif ablehnen.

Am 4. November tagte der Schlichtungsausschuß. Das Ergebnis war Stundenlohn für Männer 4,35 M., dazu Teuerungszulage 2,20 M., zusammen 6,55 M. Stundenlohn für Frauen 4,40 M., dazu Teuerungszulage 1,25 M., zusammen 5,65 M. Hinzu sollen bei den Männern im Dezember und Januar je 45 Pfg., bei den Frauen 35 Pfg. kommen.

Eine von etwa 1000 Mitgliedern des Textil-Arb. Verbandes besuchte Versammlung lehnte diesen Schiedsspruch trotz eifrigen Bemühens des Vertreters der Gauleitung ab. Der Gewerkschaftssekretär Kieger, der erst warnt für die Annahme sprach, „freute“ sich dann über die Ablehnung.

Obwohl die Gauleitung beantragt war, sofort beim Hauptvorstand die Genehmigung zum Streik einzuholen, ließ der Gauleiter Friisch, Liegnitz, in einer engeren Betriebs- und Gewerkschaftsmitgliederversammlung alle Klagen springen. Er erreichte dann auch, daß das Votum von 15—20 Mann den Schiedsspruch annahm.

Dies war für die Gauleitung genügt, den Arbeitern der 2. Tarif aufzutragen. Ein neuer Beweis dafür, daß die Gewerkschaftler mit aller Entschiedenheit verlangen müssen, daß nicht ein Votum von 15—20 Personen

Funktionären, sondern die Masse der Mitglieder endgültig über Annahme oder Ablehnung von Tarifabkommen zu entscheiden haben.

Die Arbeiter müssen dies umso mehr verlangen, als die Ergebnisse aller Lohnbewegungen, die so geringfügig sind wie die letzte, gegenüber der Preissteigerung nichts bedeuten.

Lohnbewegung der Textilarbeiter.

Der vom Schlichtungsausschuss in Schweidnitz gefällte Schiedsspruch ist seitens der Arbeitererschaft abgelehnt worden. In Reichenbach, Langenbielau und Peterswaldau wurden stark besuchte Versammlungen abgehalten, in welchen der Spruch abgelehnt wurde. Der Schlichtungsausschuss hatte Zulagen von 1,20 M. und 1 M. für die Stunde festgesetzt, die von der Arbeitererschaft als ungenügend bezeichnet werden.

ArbeitsEinstellung bei August Scherl.

Bei der Firma August Scherl, Adresbuch G. m. b. H., Filiale Breslau, sind am 30. d. M. früh 57 Angestellte in den Streik getreten, weil sich die Firma nach monatelangen Tarifverhandlungen weigert, einen einstimmig gefassten Spruch des Breslauer Schlichtungsausschusses anzuerkennen. Der Firma war auferlegt, den für Breslau rechtsverbindlich erklärten Tarifvertrag für das Buchdruck- und Zeitungsgewerbe bis zur Schaffung eines besonderen Reichshaustarifes anzuerkennen. Das hat die Firma abgelehnt und wird dabei von zwei Streikbrechern unterstützt.

Weitere Ausdehnung des ostfälischen Textilarbeiterstreiks.

Der ostfälische Textilarbeiterstreik nimmt, wie dem „Manufakturist“ gedrahtet wird, weiter an Umfang zu. So sind am 24. November in Zittau die Belegschaften von fünf Textilfabriken in den Streik getreten. Bis zu diesem Tage streikten insgesamt 21000 Arbeiter in 57 Fabriken. Ein Abflauen des Streiks ist noch nicht abzusehen.

Schuhmacherstreik im Siesener Bezirk.

Einen Stundenlohn von 6 Mark in der ersten Klasse und von 5,50 Mark in der zweiten Klasse wollen die Innungsmeister den Gehilfen geben. Weil dies nicht reicht zum Leben, haben die Gehilfen beschlossen, weiter zu streiken.

Abstimmung im Deutschen Holzarbeiterverband.

Die Vorschläge des Vorstandes des Deutschen Holzarbeiterverbandes, betreffend Neuregelung der Beiträge und Unterstützungssätze, haben in der Abstimmung die Zustimmung der Mitglieder gefunden. Die überwiegende Mehrheit der sich an der Abstimmung beteiligten hat sich damit einverstanden erklärt, daß vom 1. Januar 1922 an drei neue Beitragssätze mit je 6, 7 und 8 Mark Wochenbeitrag eingeführt werden und daß dafür die Beitragsklassen mit 3,50, 2,50 Mark und 75 Pf. Wochenbeitrag in Fortfall kommen. Mit der Zustimmung zu dieser Beitragsänderung ist zugleich das Einverständnis damit ausgesprochen, daß die Unterstützungssätze entsprechend dem Vorschlage des Verbandsvorstandes erhöht werden. Von 379 623 Verbandsmitgliedern haben 177 015 abgestimmt. Von den Abstimmen haben 127 422 mit Ja und 48 597 mit Nein gestimmt; 1026 Stimmen waren ungültig.

Auch die Kommunisten begrüßen, daß die Kollegen des Holzarbeiterverbandes die Mittel zum Kampf bewilligt haben.

Was die Arbeiter aber verlangen müssen ist, daß die großen Mittel nicht verpulvert werden in den Arbeitsgemeinschaften und in unfruchtbaren Verhandlungen mit den Unternehmern. Gegen die ungeheure Korruption, gegen die schamlosen „Privatisierungspläne“ eines Stinnes hilft nur zuchtschloßer, schärfer und zusammengefaßter Kampf.

Aus der Partei.

Die Breslauer revolutionäre Arbeitererschaft nahm am Donnerstagabend in den Zentralhallen Stellung zu den sogenannten Enthüllungen über die „Verbrechertat“ der Kommunisten, wie man sich sehr geschmackvoll gewöhnlich in der SPD-Presse auszudrücken pflegt.

Genosse Delsner als Referent des Tages rechnete gründlich vor den zahlreich erschienenen Proletariern ab mit jenen Leuten, die sich entrufen über den angeblichen Raub der Kommunisten, aber kein Wort des Tadels gefunden haben, als ihre hervorragenden Parteigenossen Roske, Höring, Severing und Co. Tausende von Proletariern im Auftrag und zumgunsten der kapitalistischen Gesellschaft zur Strafe gebracht haben. Zudem der Referent den Verlauf der deutschen Revolution und im besonderen die Vorgänge in Mitteldeutschland vor den Zuhörern in wackerer Form schilderte, fand er reiche Gelegenheit immer wieder zu beweisen, wie die Schuld an dem Vergleichen so vielen Proletariatsblutes trägt.

Das speziell die mitteldeutschen Vorgänge anbetrifft, wies Genosse Delsner an Hand authentischer Dokumente nach, daß weder die Parteileitung in Mitteldeutschland einen Raub heraufbeschworen, noch individuelle Terror-

akte unternimmt oder gutgeheißenen, noch mit einer „Roten Armee“ für die „Rückbildung“ gekämpft hat, sondern daß die gesamte Bewegung eine berechtigte Defensive der revolutionären Arbeiter gegenüber der Militarisation der Betriebe durch Höring war.

Unter allgemeinem zustimmenden Gelächter der Anwesenden wies der Referent nach, wie blöde der Schwindel von der beabsichtigten Werterschäftshausprengung ist. Die Explosion in dem Klostet des Parteibüros, so legte Gen. Delsner dar, war in keinem Fall im Parteiauftrag erfolgt. Wiederum unter allgemeiner Zustimmung erklärte er, daß der Umstand, daß knapp vier Minuten nach dem Attentat bereits die Sipo an Ort und Stelle war, und alle im Parteibüro anwesenden Genossen verhaftete, ohne weiteres die Spur der Täter gefunden sei: Die Angelegenheit ist eine ganz gewöhnliche provokatorische Spitzelarbeit gewesen. „Ober,“ so führte der Referent aus, und hatte wiederum die Lacher auf seiner Seite, „glaubt jemand im Ernst, daß die Kommunisten so blöde sind, daß sie, wenn sie schon irgendwo Sprengen wollen, ausgerechnet ihr eigenes Büro demolieren werden? Glaubt jemand daran, daß sie so dumme sind, wenn sie schon selbst das Attentat unternommen hätten, nach einer Sprengung ganz gemächlich in ihrem Büro sitzen zu bleiben, um sich von der Polizei verhaften zu lassen?“

Dem Referent wagte keiner der SPD-Leute entgegen zu treten, obgleich der Versammlungsleiter ausdrücklich dazu aufforderte. Freilich ist es leichter, vom Redaktionstisch aus Dred gegen die Kommunisten zu spritzen, als öffentlich den Arbeitern, die sich noch den gesunden Menschenverstand ebenso sehr wie ihr proletarisches Gefühl bewahrt haben, provokatorische Spitzel-

Bezirksauschussitzung.

Am Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 9 Uhr, findet im Parteibüro, Breslau, Nikolaistraße 49/50, eine

Bezirksauschussitzung

Tagesordnung:

1. Unsere politische Aufgabe.
 1. Der Ausbau der Organisation.
 3. Die Vorbereitung der durch die D-Gruppe Breslau gewählten Mitglieder der Bezirksleitung.
- Jedes Bezirksauschussmitglied muß anwesend sein.

Die Bezirksleitung der SPD. Saffelen.

märchen vorzutragen.

In der Versammlung sprach noch in seiner bekannten vollstimmlichen Weise der Genosse Niebling.

(Wir werden in der morgigen Nummer noch ausgiebiger unter Veröffentlichung wichtiger Dokumente zu den „Enthüllungen“ der SPD-Presse Stellung nehmen.)

Genosse Klein wieder auf freiem Fuße.

Unser Königsberger Parteiblat, die „Rote Fahne des Niten“, teilt mit, daß Genosse Klein-Schäfer wieder freiließ. Der Hülfe! von 1919, weswegen Kleins Verhaftung erfolgte, sei gegenstandslos. Um das festzustellen, brauchte der Untersuchungsrichter mehr als eine Woche und deshalb wurde Genosse Klein widerrechtlich der Freiheit beraubt.

Auch das Verbot der „Roten Fahne des Niten“ ist aufgehoben worden. Die u. abhängige Königsberger „Freiheit“ fragt: „Was sagt Herr Labring (der dortige sozialdemokratische Parteipräsident, der seine Hand dabei im Spiele hat) und was seine Fremde dazu?“

Achtung, Genossenschaftler!

Jeder Genossenschaftsfunktionär muß unbedingt den „Kommunistischen Gewerkschafter“ abonnieren, weil in diesem als monatliche Beilage der „Kommunistische Genossenschaftler“ enthalten ist.

Breslau.

Lokales.

Genosse! Genossin!
Sitz in Deiner Klasse dienen, dann schätze Dein Kind vor dem Klagegericht. Spähe Dein Kind in die Kommunisten: Kindergruppe. — Zusammenkunft der Kindergruppe jeden Mittwoch und Freitag von 4—6 Uhr in der Kriegerkassenscheule.
SPD. Breslau. Eintritt 8. Freitag, den 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Johannisstraße 25, Eintrittsabend.

Generalversammlung des Sozialistischen Verlages.

Eine außerordentliche Generalversammlung, die der Sozialistische Verlag, e. G. m. b. H., am 30. November 1921 abhielt, befaßte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Liquidierung der Genossenschaft. Den Geschäftsbericht gab der Geschäftsführer Genosse Zischner. Zum zweiten Punkt, Liquidierung der Genossenschaft sprach Genosse Delsner, als Vertreter des Hauptgläubigers, der Zentrale der SPD.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag des Gen. Kupke: „Die Generalversammlung der Genossenschaft „Sozialistischer Verlag“ beschließt die Liquidation der Genossenschaft. Als Liquidatoren werden bestellt die Genossen Hugo Niedel und Arthur Nowak in Breslau. Die Generalversammlung beauftragt die Liquidatoren, das der Genossenschaft gehörige Verlagsrecht an die Schles. Arb.-Zeitung zu verkaufen.“

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde ein Zusatzantrag: „Die Genossenschaftler verzichten auf ihren Geschäftsanteil.“

Ziegniß.

Die Polizeiverwaltung gibt bekannt:
1. Gefunden: 1 Brosch., mehrere Kassenscheine, 1 Kinderwagen, Gummireifen, Spigen, mehrere Damenuhren, mehrere Handtaschen, 1 Jollirod, 1 Halskette, 1 Brille, 1 Gelbschneidtasche, mehrere Portemonnaies, 1 Schleier, mehrere Schürmühen, ein Handschuh, 1 Unterfah, 1 Eisernes Kreuz 1. Klasse, 1 Bombardour, 1 Rocknadel, 1 Gumbelband, 1 Kinderfah, 1 Herrenüberzieher, mehrere Hüte, 1 Stiefel, 1 Kindermütze, 1 Schal, 1 Rosenkranz, 1 Sweater, 1 Kinderzipfel, 1 Schirm, 1 Schere, 1 Kamm, 1 Anhänger, 1 Zettel, 1 Bon, 1 Halsband, 1 Trauring, 1 Kopftuch, 1 Wetzstein, 1 Federhalter, 1 Halskette, 1 Uhrkette, 1 Fahrrad, 1 Klemmer, 1 Messer, 1 Medaillon, 1 Schirmgriff, 1 Zigarettenstich, 1 Brieftasche, 1 Kapuze, 1 Paar Gummischuhe, 1 Gummifisch, 1 Karton mit Bel.-Art., mehrere Leierwagen, mehrere Muffs, 1 Damen-Glacedhandschuh, 1 Figur, ein Tisch, 1 Kinderwagen, 1 Schürze, 1 Pajet, 1 Margarine.

2. Gefunden: 1 Koffer, 1 Pferd, 2 Hühner.

3. Gefunden: 1 Schottischer Schäferhund.

4. Entlaufen: 2 Brillen, 1 brauner Herren-Glacedhandschuh, 1 schw. gold. Armband, 1 schwarzer Bombardour, enthaltend 1 Portemonnaie mit 1900 Mk. und 1 weißes Taschentuch, 1 silbernes Kettenarmband, 1 schwarze Lederhandtasche, enthaltend 1 Trauring, gez. P. R. 16. 4. 1895 und 1 Anzahl Kassenscheine, 1 schwarzes Portemonnaie mit 230 Mk., 1 Gärtnerpaten, 1 Paket, enthaltend 6 Lagen Wolle, 1 schwarzes Portemonnaie mit etwa 80 Mk., 1 Schlüssel und Babelflets, 1 Perlenohrering, 1 vergoldete Damenuhr mit Kette, 150 Mark, 1 grüne Brieftasche mit 150 Mark, 1 braune Brieftasche mit 335 Mk., und Dienstpapieren, 1 schwarzer Berlinertragen, 1 silberne Armbanduhr, 1 schwarze Damenhandtasche, enthaltend 2 Portemonnaies mit etwa 100 Mk., 1 Schlüssel, Spiegel und Kamm, 1 schwarzes Portemonnaie mit 1 Mk., 1 schwarzlederne Brieftasche mit 600 Mk. und Personalpapieren, 1 kleine braune Mappe mit Geschäftspapieren und Briefen, 1 Herren-Platinring mit 2 Brillanten und 1 Smaragd, 1 grünseidener Damenschirm, 1 schwarzlederne Handtasche, enthaltend 1 dunkelgraues Lederportemonnaie mit etwa 10 Mk. und 2 Schlüssel.

Die unbekanntes Berliner werden aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb von 3 Monaten bei uns zu melden.

Versammlungs-Kalender.

Veranstaltung.

Vom Kommunistischen Arbeiterheim werden wir um folgende Bekanntmachung gebeten:

Jeden Sonnabend 7 1/2 Uhr

werden proletarische Kulnabende unter Mitwirkung der bekannten Genossen Emil Friedrich, Dombrösch, Wiesner usw. veranstaltet. Es wird proletarische Kunst in Form von Musik, Rezitationen, Vorträgen und Vorträgen geboten. Der Eintritt ist frei. Außerdem findet diesen Sonntag, den 4. Dezember, um 7 Uhr, eine

Karl Liebknecht Gedächtnisfeier

anläßlich seines 50. Geburtstages statt. Das reichhaltige Programm unter Mitwirkung der Kommunistischen Jugend und der vorgenannten Genossen verspricht eine würdige Begehung des Liebknecht-Gedächtnistages. Alle Günstiger werden zur Beteiligung aufgefordert. Die Veranstaltungen finden im Arbeiter-Heim, Alsenstraße 38, Eingang Schulenküster, statt.

SPD. Altmärker. Sonntag, 4. Dezember im Gasthof „Zur Friedenshoffnung“, Diversbach, Informationsvortrag „Gewerkschaftsfunktionäre u. Zehnergruppenführer müssen unbedingt erscheinen.“ Sonntag, den 11. Dezember nachm. 3 Uhr im „Kreuz“ wichtige Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied muß sich dafür freihalten; äußerst wichtige Tagesordnung. Ortsleitung.

SPD. Kranz. Die Diskussionsabende finden jeden Donnerstag pünktlich abends 7 1/2 Uhr im kleinen Saale des „Reichspräsidenten“ statt. Gäste immer willkommen. Jeden ersten Sonntag im Monat Mitgliederversammlung, in der alle Mitglieder anwesend sein müssen. Die Ortsleitung.

Auswärtigen!

Auswärtigen!

SPD. Götterberg. Sonntag, 4. Dez. abends 7 Uhr Funktionärskonferenz im Schützenhaus. Wichtige Tagesordnung. Alle Funktionäre haben zu erscheinen. Die Ortsleitung.

SPD. Peterswaldau. Am Sonnabend, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gasthaus „Kette“ in Mittel-Peterswaldau eine Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. Ebenfalls sind mit uns Sympathisierende zu dieser Versammlung eingeladen. Referent zur Stelle. Die Ortsleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Erich Gentsch; Inserate: Max Zischner. — Verlag: Proletariergenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Druck: Puffel u. Danigel. — Erschienen in Breslau.

Liebig-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große
Dezember-
Programm

Schles. Schlingel
„Kaiser“-Mittel

Volkswohl

Hugo Klose

Panstraße 22.

Anzüge

Schlüpfer

in noch ganz neuer
Auswahl und billigen
Preis, da Schlussverkauf.

Wahl Ed. Schubert

43 Klosterstr. 43

Altmetalle

Otto, Kottbusstraße 1.

Anzüge,

Cutawans,

gestr. Hosen,

Wäcker, Raglan

mit Kap

650-1200 R.

Arthur Schubert

Breslau

Graben-Regelstraße

Proletarier lies!

Im Buchhandel des Proletariats kann die geistige Bildung des Proletariats gefördert werden!

Die Kommunistische Bucherei
Breslau 5, Gräbchenstr. 45
hat die reichhaltigste Lager aller
erhältlichen proletarischen Literatur.

Bücherverzeichnis kostenlos!

Sieben erschienen!

Zum Jahrestag der proletarischen
Revolution in England.

Preis 2 R.

Anzüge, Cutawans,
Raglans, Schlüpfer,
gestreifte Hosen,

nach Maß und fertig am Lager, Bearbeitung
nach allen Modellen und nur guten Stoffen

haben Sie am besten ein

Berthold Schubert

Gartenstraße 12.

Mehrere möblierte Zimmer

werden bei Parteigenossen sofort zu
mieten gesucht. Angebote mit Preis
sind an die Geschäftsstelle der „Schles-
ischen Arbeiter-Zeitung“ zu richten.

Parteigenossen

decken Ihren gesamten Bedarf
an kommunistischer Literatur,
Jugendbüchern, Unterhaltungs-
literatur

in der
Kommunistischen Bucherei

Breslau, Gräbchenstraße 5.